

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Heßloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 104.

Dienstag den 7. September 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

- Die Wahl eines neuen Reichspräsidenten soll noch dieses Jahr stattfinden.
- In der Breslauer Sühne-Affäre wurde mit Frankreich eine Einigung erzielt.
- Die Entente schreitet noch immer nicht zur Entlassung der polnischen Butschisten, so daß sie bereits wieder mit einem neuen Butsch umgehen.
- General Wrangel, der von Frankreich gegen die Bolschewiki unterstützt wird, macht erhebliche Fortschritte. In Petersburg wollen die Sozialrevolutionäre unter Kerenski eine neue Weiße Armee gegen die Bolschewiken und gegen Deutschland bilden.
- Der Bürgerkrieg in Irland dauert an.
- In Oberitalien wüten harte Arbeiterkämpfe mit kommunistischem Anstrich.

Milderung der Breslauer Sühne.

Die hartnäckigen Auseinandersetzungen mit der französischen Regierung über die Sühnennote für Breslau haben einenolg gezeitigt. Die Franzosen haben sich, wie verlautet, insofern zum Nachgeben bereit erklärt, daß sie nicht mehr auf dem Entschuldigungsbezug des Reichskanzlers Friedrichs beim französischen Botschafter Laurent bestehen. Sie sind zufrieden, wenn an seiner Stelle der Reichsaußenminister Simons und der preussische Minister des Innern Severing erscheinen.

Auch dürften sie nicht mehr darauf bestehen, daß Hauptmann v. Arnim disziplinarisch bestraft wird; ihnen dürfte es genügen, wenn dieser in eine Provinzgarnison versetzt wird.

Ein ganz undenkbares Opfer.

Der Polizeipräsident von Breslau Eugen Ernst ist durch Beschluß der preussischen Staatsregierung vom 3. September mit dem gleichen Tage in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Die Maßnahme der preussischen Staatsregierung spricht nicht dafür, daß diese den von französischer Seite gegen den — bekanntlich mehrheitssozialistischen — Breslauer Polizeipräsidenten erhobenen Vorwurf der Untätigkeit für unberechtigt hält. Man wird nur fragen müssen, was Ernst hätte tun können, um solche aus heiterem Himmel herausplagende Volks-angewitter abzuwehren.

Ein Protest der Engländer gegen die Franzosen.

Von den fünf Kreisinspektoren, die in Oberschlesien ihres Amtes walten, sind drei, nämlich die in Tarnowitz, Groß-Strehlitz und Beuthen, Engländer. Diese drei Kreisinspektoren haben nun sämtlich ihre Entlassung eingereicht, und zwar mit Rücksicht auf das französische Verhalten in Oberschlesien, mit dem sie sich nicht einverstanden erklären können. Den Kreisinspektoren in Tarnowitz und Groß-Strehlitz ist die Entlassung bereits bewilligt worden.

Vor einem neuen Butsch in Oberschlesien?

Die Polen denken an die Einhaltung der Beuthener Abmachung offenbar gar nicht. Die Besatzungstruppen machen auch weiterhin keine Anstalten, die Insurgenten zu entwaffnen. Bei den Polen sind Vorbereitungen für einen neuen Butsch deutlich wahrnehmbar. Aus Tarnowitz wird z. B. gemeldet, daß die Polenfürher aus Warchau die Weisung erhalten haben, in möglichst kurzer Zeit nunmehr auch die Städte Oberschlesiens in ihren Besitz zu bringen, andernfalls ihre finanziellen Bezüge von Warchau eingestellt werden würden. Man muß also mit einem baldigen erneuten Ausflammen des Aufstandes rechnen, der sich dann in erster Linie gegen die bisher von den Insurgenten noch freien Städte richten dürfte. — Dieweil erläßt Korstanty Einschläferungsnoten des Inhalts, daß die Greuelthaten nicht von Polen, sondern von Banditen verübt worden seien.

Die willkürlichen Hausdurchsuchungen.

gehen weiter. Während die Franzosen die Hausdurchsuchungen in den Hotels und Privatwohnungen bisher in den nächtlichen Stunden vornahmen, sind sie heute auch zu Hausdurchsuchungen in den Tagesstunden übergegangen. So wurde Freitag nachmittags 3 Uhr das Christliche Hospiz in der Prinz-Heinrichstraße einer Untersuchung vom Dachboden bis zu den Kellerräumen unterzogen. Leider ist auch hier wieder festgestellt, daß mit dem Abzuge der starken französischen Abteilungen viele Privatgegenstände der Hotelbewohner verschwunden waren. Einem deutschen Polizeikommissar sind 1250 Mark geraubt worden, den anderen Hotelgästen fehlen wertvolle Gebrauchsgegenstände.

In Brzelaisa wurde seit einer Reihe von Tagen der Lehrer Skropel vermißt. Freitag vormittag wurde nun aus der Brzelaisa seine Leiche gefischt, die, wie sich jetzt herausstellt, 13 Tage im Wasser gelegen hat.

Die Kohlenförderung in Oberschlesien hat bereits um 700 000 Tonnen gelitten. Das ist etwa gleich der Gesamtproduktion im ganzen Reich von vierzehn Tagen!

Wie wird's mit den Kartoffeln?

Zur bevorstehenden Beendigung der Zwangswirtschaft

Der Verband deutscher Kartoffelinteressenten hat in Berlin eine große Versammlung abgehalten. Darin war sich darüber einig, daß man anstreben müsse, die

deutsche Volk möglichst billig ausreichend mit Kartoffeln zu versorgen.

Die Produktion liegt also:

Die Ernte fällt, nach Ansicht des Redners, in einigen Teilen des Reiches schlecht oder unter Mittel aus. Nur streichweise wird die Ernte als gut geschätzt. Im Durchschnitt wird wohl eine Mittelernte zu erwarten sein. Die Kartoffeln werden im kommenden Wirtschaftsjahr aber noch mehr als bisher unsere Hauptnahrungsfrucht sein. Die Nachfrage werde groß sein, aber die Optimisten, die einen niedrigen Preis erwarten, dürften sich wohl täuschen. Bei dieser Sachlage fragt es sich, ob man nicht Eisenbahnnottarife für die Beförderung der Kartoffeln einführen solle.

Die Höchstpreisverordnungen bleiben aber.

Auch in Zukunft würden, so betonte ein Vertreter des Kartoffelhandels, die verschiedenen im Kriege geschaffenen Gesetze und Verordnungen zur Preisregulierung bestehen bleiben. Es sind dies vor allem das Höchstpreisgesetz für Gegenstände täglichen Bedarfs von 1914 und 1916, die Kettenhandelsverordnung sowie das Gesetz über die Kettenprüfungsstellen von 1915, ferner die wichtigen neuen Verordnungen über Buchergerichte.

Die Uebergangstage werden eine große Unruhe in den Handel bringen. Das Publikum wird gut tun, sich in den ersten Tagen im Kauf zurückzuhalten und Klärung abzuwarten. Mehr Kartoffeln als für die menschliche Ernährung nötig sind, sind sicher da. Und wenn Viehfutter aus dem Auslande herinkommt, ist eine Verfütterung bei den heutigen Preisen nicht zu befürchten.

Die Eisenbahn-Kontrolle.

Eine Streikfrage auf Viegen oder Brechen.

Als neulich in Berlin durch die Eisenbahner die Waffentransporte nach Ostpreußen angehalten wurden, so daß heute die Landbevölkerung in Ostpreußen gegenüber den übergetretenen Russen gänzlich schutzlos da steht, da vereinbarte der Entwaffnungskommissar Dr. Peters mit den Betriebsräten der Berliner Bahnstrecken und den Vertretern der sozialistischen Parteien, daß Kontrollauschüsse dieser Gruppen das Recht zur Untersuchung des Verkehrs haben sollten.

Der Reichsverkehrsminister Groener erließ jedoch einen Erlass, worin den Dienststellen die scharfe Untersuchung der Sendungen auf Waffen zur Pflicht gemacht wurde, während die drei Eisenbahnerorganisationen sich auf die Seite des Ministers stellten.

Inzwischen kam es zu Reibereien, da die Kontroll-Ausschüsse die Kontrolle ausüben, die Dienststellen sie aber nicht zulassen wollten. Die Vertreter der Kontroll-Ausschüsse verlangten aber Verhandlungen mit der Regierung, wurden aber nicht zugelassen. Darauf sind die Betriebsräte an das Verkehrsministerium herangetreten. Die Ergebnisse dieser Aktion sind zu erkennen aus folgendem Aufruf der beteiligten sozialdemokratischen Stellen:

Im Verfolg unseres Aufrufes vom 7. August haben mehrfach Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden. In der Verhandlung mit der Reichsregierung am 23. August wurde uns zugesagt, daß die Prüfung der Waffen und Munitionstransporte unter entscheidender Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterschaft erfolgen solle.

Im Widerspruch zu diesen Vereinbarungen hat der Reichsverkehrsminister Ordner Verfügungen erlassen, durch welche die Mitwirkung der Arbeiterschaft ausgeschaltet werden soll. Wir erhoben gegen diese Verfügungen sofort Einspruch und verlangten die Zurücknahme. Der Reichsverkehrsminister lehnte aber ab, uns zu empfangen. Und der Reichskanzler fand sich zu nochmaligen Verhandlungen mit uns nicht bereit, weil in der Sitzung des parlamentarischen Beirates am 4. d. M. eine Regelung der Transportprüfungen beschlossen werden soll.

Wir wissen nicht, welche Beschlüsse der parlamentarische Beirat fassen wird. Deshalb fordern wir die Arbeiterschaft auf, auch weiter wie bisher gemäß unseren Aufrufen vom 7. August zu verfahren.

gegen die Anordnungen des Reichsverkehrsministers zu Maßnahmen, so können die Eisenbahner sicher sein, daß die organisierten Arbeiter geschlossen hinter ihnen stehen."

Der hier genannte parlamentarische Ausschuss trat am Sonnabend zusammen.

Der Ernst der Lage.

Am Sonnabend sah die Situation recht ernst aus. Eine anscheinend amtlich unterrichtete Stelle meinte:

Es ist kaum anzunehmen, daß die Regierung, nach dem Reichsverkehrsminister Ordner seinen Standpunkt in den veröffentlichten Anweisungen an die Eisenbahndirektionen unzulänglich festgelegt hat, in weiteren Verhandlungen mit der Reichskommission zum Nachgeben bereit ist. Die Krise dürfte sich in kürzester Zeit dadurch verschärfen, daß die einzelnen Eisenbahndirektionen und nachgeordneten Behörden gegen die Betriebsräte energisch einschreiten. Von der Berliner Eisenbahndirektion ist ein einzelner Betriebsrat, die offen erklärten, daß sie sich an die Verordnungen des Reichsverkehrsministers nicht halten, mit der Entlassung gedroht worden. In diesen Fällen dürfte es wahrscheinlich zu Konflikten kommen, deren Folgen sich natürlich noch nicht übersehen lassen."

Waffenbefugnisse und Postgeheimnis.

Es ist angeregt worden, den Postverkehr in ähnlicher Weise, wie es für den Eisenbahnverkehr verlangt wird, zu überwachen, um die Beförderung von Waffen nach dem Auslande, besonders nach Polen, zu unterbinden. Dabei wird übersehen, daß der Postverkehr im Gegensatz zu dem Eisenbahnverkehr unter dem verfassungsmäßig gewährleisteten Schutz des Postgeheimnisses steht. Eine wirksame Kontrolle wäre daher nicht durchführbar, zumal es ohne empfindliche Störung des ganzen Postbetriebes nicht angängig wäre, die große Menge der in Packkammern, Bahnpostwagen usw. aufgestellten Pakete nach Waffen zu durchsuchen. Auch muß bedacht werden, daß ein großer Teil von Waffen in größerem Umfange mit der Post gar nicht versandt werden kann, weil das gesetzliche Höchstgewicht eines Postpaketes nur 20 Kgr. beträgt, und zwischen Deutschland und Polen ein Postpaketenaustausch überhaupt noch nicht stattfindet. Es ist bisher auch nicht bekannt geworden, daß die Post zum Versand von Waffen für Kriegsführende in Anspruch genommen worden wäre. Der Reichskommissar für die Entwaffnung wird übrigens demnächst die Beförderung von Militärwaffen mit der Post usw. allgemein verbieten.

Der Steuerkrieg zu Ende.

In Stuttgart ein Friedensschluß.

W. T. B. berichtet: Dank der energischen Haltung der württembergischen Regierung in der Durchführung des gesetzlichen Steuerabzuges ist ihr beim Generalstreik ein voller Erfolg beschieden. Sämtliche Forderungen, die die Regierung von Anfang an als feststehend bezeichnet hatte, sind in den letzten Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Anwesenheit der Regierung anerkannt worden. Diese Vereinbarung hatte folgendes Ergebnis:

1. Arbeitgeber und Arbeitnehmer erkennen alle das Arbeitsverhältnis regelnde Gesetze und Verordnungen (Gewerbeordnung, Handelsgesetzbuch, Betriebsrätegesetz) sowie die jeweils bestehenden Tarife an. Von der Wiedereinstellung hat jeder Arbeitnehmer eine Erklärung sowie sein Einverständnis mit dem gesetzlichen Steuerabzug unterschreiben zu bestätigen.

2. Der durch die behördlichen Maßnahmen und den Generalstreik herbeigeführte Betriebsstillstand wird nicht der Durchführung von Betriebsbeschränkungen dienstbar gemacht. Wo solche aus wirtschaftlichen Gründen nötig werden (wie bei Daimler), werden die Verhandlungen im gesetzlichen Rahmen weitergeführt.

3. Alle Streikenden oder von der Schließung der Betriebe betroffenen Arbeitnehmer werden wieder eingestellt mit Ausnahme derjenigen, welche sich schwerer Verfehlungen gegen die Ordnung des Betriebes oder die Strafgesetze haben zuschulden kommen lassen.

4. Die Wiedereingestellten treten in ihre alten Rechte ein.

5. Die Arbeitgeber erklären, eine Lohn- und Gehaltszahlung findet für Sperr- und Streiktage nicht statt. Die Arbeitnehmer erklären demgegenüber, daß sie sich vorbehalten, auf dem Wege über die ordentlichen Gerichte und durch den württembergischen Landtag die Frage der Entschädigungspflicht auszutragen.

6. Durch die Annahme dieser Vereinbarungen gilt der Generalstreik für beendet. Sobald die Regierung von der Annahme der Vereinbarung Kenntnis erhält, wird sie die Polizeiwache aus den besetzten Betrieben zurückziehen. Die allgemeine Wiedereingangsfrage der Arbeit beginnt am Montag, dem 6. September.

Die Krawallen in Augsburg.

Die Vorkommnisse der Betriebsräte in Augsburg, zu der auch die Parteileitung der M. S. P. und der U. S. P. eingeladen waren, hat in Augsburg für den Sonnabend, an dem die Opfer der Mittwochunruhen beerdigt werden, den Generalstreik beschlossen. Die christlich organisierten Arbeiter lehnen ihn dagegen ab. Die Forderung auf Schließung der Betriebe hat der Industrieverein Augsburg abgelehnt. Hinter Oberösterreich.

Wrangel siegt.

Und Frankreich bekommt Oberwasser.

Die Meldungen über den angeblichen Rückzug Wrangels nach bolschewistischen Sibirien sind offenbar falsch. Wrangel beherrscht Sibirien, er rüstet sich jetzt zur Einnahme von Odesa. Dem Londoner „Daily Telegraph“ wird aus Kopenhagen gemeldet:

„Die russische Delegation hat von General Wrangel ein Telegramm erhalten, daß er die Halbinsel Taman besetzt habe; in der Gegend von Jekaterinodar haben die Wrangelschen Truppen die roten Verbindungslinien zerstört und sind bei der Vorbereitung der Besetzung von Odesa.“

Frankreich sagt jetzt scharf zu.

Die französische Regierung hat an den bolschewistischen Außenminister Tschitscherin folgendes von Millerand unterzeichnetes Ultimatum gerichtet:

„Die französischen Marinebehörden haben Vorbereitungen für die Heimsendung des letzten russischen Transportes aus Frankreich am 15. September und aus Algier am 26. desselben Monats getroffen. Alle Franzosen, die sich in Russland befinden, sind deshalb entweder nach der finnischen Grenze oder nach Odesa zu befehlen. Wenn ein einziger Franzose nach dem 30. September gegen seinen Willen in Russland zurückgehalten wird, so wird die französische Regierung Veranlassung nehmen, der französischen Flotte den Befehl zu geben, in Sibirien die Schritte zu tun, die als erforderlich erachtet werden.“

Auch an der polnischen Front

liegen die Dinge für die Russen nicht günstig. Auch im Süden, gegen Galizien, wo sie anfänglich gegenüber der polnischen Offensive sich noch hielten, tritt jetzt ihr Rückschlag ein: „Times“ berichtet aus Warschau: Die gefährliche Lage für die Polen in Galizien ist besiegelt. Zwei polnische Armeekorps, die aus dem Lodzer Bezirk eingetroffen sind, haben die Lage wiederhergestellt und eine Gegenoffensive unternommen. Die Russen sind bis hinter Brody zurückgedrängt worden. Die in der Auflösung befindliche Armee Budjennys weicht auf das wolnische Festungsdrück zurück.

Rußland und Deutschland.

Die franko-polnisch-russischen Annäherungsversuche.

Der ehemalige russische Kriegsminister unter Kerenski, Boris Sawinkow, hat bekanntlich neuerdings in Warschau zusammen mit dem Kadettenführer Roditschew ein Komitee gegründet zur Bildung einer neuen weißen Armee gegen die Bolschewisten. Daß dieses Komitee gleichzeitig seine Spitze gegen Deutschland richtet, zeigt folgende heftige Äußerung Sawinkows:

„Rußlands Befreiung kann nur mit Hilfe Polens geschehen. Verschiedene russische Kreise in Berlin setzen ihre Hoffnung auf Deutschland. Doch Deutschland denkt nur seine Macht wieder aufzubauen auf den Trümmern Frankreichs und Polens. Rußland den Deutschen öffnen, hieße den Weg zu neuen blutigen Katastrophen vorbereiten.“

2000 Personen im August erschossen.

Infolge der Mißerfolge an der polnischen Front bemerkt man wieder ein Wiederaufleben des bolschewistischen Terrors. Nach offiziellen Nachrichten der außerordentlichen Kommission wird bestätigt, daß in

Moskau im August mehr als 2000 Personen erschossen wurden, angeblich wegen gegenrevolutionärer Propaganda. Unter den Erschossenen werden auch der Bankdirektor Broski, der bekannte Rechtsanwalt Wisiliew, Fürst Dolgorufow und sehr viele Offiziere genannt. Außerdem wurden mehrere hundert Personen in Konzentrationslager geschickt wegen Spionageverdächtigung und Sympathien für das „tattische Zentrum“, dessen Mitglieder vor zwei Wochen verurteilt wurden.

In Rußland ist das Leben billig.

Am 7. August brach in der Stadt Wasma in der dortigen Artilleriefabrik ein Feuer aus. Das Feuer war infolge Nachlässigkeit der diensthabenden Personen entstanden, die verdächtig waren, im Solde der Entente zu stehen. Eine sofort eingeleitete Untersuchung stellte bei 136 Personen die „Mitschuld“ fest, darunter bei einer größeren Anzahl Truppenführer. Das revolutionäre Kriegstribunal verurteilte zwölf Mann, darunter den Führer der besonderen Abteilung, den Kompanieführer und den Wachhabenden zum Tode durch Erschießen; vierzehn Personen, darunter den Bataillonskommandeur und den Befehlshaber der Garnison, zu 15jähriger Zwangsarbeit und die anderen Schuldigen zu kurzfristiger Zwangsarbeit; acht Personen wurden freigesprochen.

In der Umgebung von Petersburg sind große Wald- und Torfbrände ausgebrochen. Zur Bekämpfung des Feuers sind alle Bauern, Arbeiter und örtlichen Feuerwehren herangezogen worden.

Polens Strategie.

Die polnische Armee wird durchschnittlich 10 bis 15 Kilometer östlich der ethnographischen Grenze zwischen Rußland und Polen, also auf russischem Gebiet, den Vormarsch einstellen und eine militärische Sicherungslinie in der Art von Brest-Litowsk ziehen.



Der Streit um die polnische Ostgrenze.

von der Entente zugestandene Grenze (Curzon-Linie) von den Polen neuerdings verlangte Linie.

toppen errigten. Die ainterren waare 1.3 mit dem polnischen Vorhaben einverstanden.

Die Polen berichten: Die Reiterarmee Budjennys sammelt sich unter dem Schutze frisch in den Kampf geworfener Infanterieabteilungen, die in der Gegend von Grubiesow durch heftige Gegenangriffe den Rückzug Budjennys aufzuhalten veruchten. Nach heftigen Kämpfen wurden diese Angriffe durch polnische Abteilungen zum Scheitern gebracht.

Die polnische Sowjetregierung in Warschau berichtet:

Laut einer Meldung des Warschauer „Antona“ wurde in Warschau die polnische kommunistische Regierung, die zur Zeit der Belagerung Warschaws gebildet wurde, verhaftet. Unter den Verhafteten befindet sich die bekannte polnische Kommunistin Elzawla.

Die Polen wollen die Russen-Bolschewiki vernichten!

In weiten Kreisen Warschaws ist man nunmehr der Ueberzeugung, daß es noch sehr lange dauern wird, bis der Frieden geschlossen wird. Marschall Pilsudski erklärt ganz offen, daß es seine feste Absicht sei, die militärischen Operationen fortzusetzen, bis die Heere der Bolschewiki vollständig vernichtet sind.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 4. September 1920.

Demobilisationsauschuß gegen Regierung. Der Berliner Demobilisationsauschuß hat eine Verordnung erlassen, wonach Arbeitnehmer, die den Verdienst aus der Arbeit nicht nötig haben (also Rentner, Pensionäre usw.) auf Verlangen der Betriebsräte aus der Arbeit zu entlassen und durch Stellenlose zu ersetzen sind. Dieser Zwang zum Weggang wird von zuständiger Seite als ungeschicklich angesehen. Die Regierung hat am 1. September den Demobilisationsauschuß unterstellt, eigene Verordnungen zu erlassen. Da die vom Berliner Demobilisationsauschuß erlassene Verordnung noch schnell unmittelbar am 28. August herausgegeben worden ist, der Erlass des Reichsministeriums des Innern aber vom 1. September datiert, ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß der Demobilisationsauschuß Groß-Berlin den Versuch unternommen hat, noch in letzter Stunde über den Kopf der vorgelegten Behörde hinweg eine Verordnung durchzubringen. Eine Beteiligung irgendeiner Reichsstelle an der Verordnung der Berliner Lokalbehörde, die dem Oberpräsidium der Provinz Brandenburg unterstellt ist, liegt nicht vor.

Ueber die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues haben nun zwei Vorschläge ihren Weg aus der Sozialisationskommission in die Öffentlichkeit gefunden. Davon verlangt der eine, der radikale, die sofortige Volkssozialisierung des Kohlenbergbaues durch die Enteignung der Grubenbesitzer unter Entschädigung in festverzinslichen Obligationen. Dieser Entwurf scheint jedoch angesichts der grauenhaften Finanzlage nicht die Mehrheit der Kommissionsmitglieder für sich zu haben, da verschiedene seiner Befürworter im Falle der Ablehnung für den zweiten Entwurf der allmählichen Sozialisierung, etwa erst in 30 Jahren, eintreten. Bei diesem zweiten System bleibt der Reichskohlenrat, an dessen Spitze ein besonderes Direktorium steht. Die gesamte Kohlenförderung wird dem Staate abgeliefert, der ein alleiniges Kohlenengroßhandelsmonopol ausübt und die Verkaufspreise bestimmt. Der Staat setzt seinerseits die Entschädigung der Kohlenzeiger fest. — Beide Vorschläge haben gemeinsam, daß sie ein Heer neuer Beamten erfordern.

Zivilberuflicher Unterricht in der Reichswehr. Der zivilberufliche Unterricht in der Reichswehr soll mit dem 1. Oktober 1920 beginnen. Es soll dabei auch auf die Schaffung neuer landwirtschaftlicher und gewerblicher Unterrichtseinrichtungen, insbesondere die Einrichtung von Werkstätten für den gewerblichen Unterricht, Bedacht genommen werden.

Im preussischen Auschuß für das Volksschul-lehrerdienstentlohnungsgesetz erklärte der Vertreter des Finanzministeriums, daß das Finanzministerium zustimme, daß die Regierung volle drei Viertel der persönlichen Schulkosten übernehme. — Auch über die Art der Verteilung lasse es mit sich

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Brand.

231 (Nachdruck verboten.)

„Also ein weiblicher Detektiv“, sagte er lächelnd. „Und nun kann ich Ihnen auch gleich beweisen, daß unsere Bekanntschaft keine Angelegenheit des Zufalls war, denn es drängt mich, Ihnen ein Erlebnis mitzuteilen, das gerade Ihre Teilnahme besonders erwecken wird. Aber lassen Sie uns nochmals anstoßen. Der Wollenbruch draußen dauert noch immer fort, wir haben also noch Zeit und brauchen uns nicht beeilen.“

Sie tranken einander zu und dann begann Dr. Heller zu erzählen.

„Als ich studierte, lernte ich einen jungen Oesterreicher kennen, der zwar gerade kein wissenschaftliches Licht war, aber durch sein harmloses Wesen sich überall beliebt machte. Er galt als reich und war allen Kommilitonen, die in finanzielle Verlegenheit gerieten, gern gefällig, ohne über die Rückerstattung der geliehenen Gelder irgendwelche Worte zu verlieren. Eines Tages hieß es, er wolle sein Studium aufgeben, weil er sein Herz an eine herrliche schöne fremde Künstlerin verloren hatte. Und er machte auch kein Hehl daraus, daß allein die schöne Carmen ihn fessle und alles sonstige Leben seinen Wert mehr für ihn habe. Aber die Schöne war reich umworben, und mein Freund hatte ein scharfes Renkontre mit einem Nebenbuhler. Es kam zu einem Pistolenduell, in dem ich Sekundant war und der Gegner sehr schwer verwundet wurde. Da ein Verhaftungsbefehl drohte, floh der junge Herr mit seiner Geliebten ins Ausland, und er war somit unserem rohen Kreise entzissen. War mancher, dem er ein bereitwilliger Helfer gewesen war, hat ihm lange nachgetrauert.“

Das kleine Lokal erhielt jetzt eine Anzahl weiterer Besucher, und Bernhard Heller mußte seine Stimme halblaut gestalten. Er fuhr fort und das junge Mädchen lauschte gespannt.

Es waren wohl ein halbes Tugend Jahre vergangen, als ich auf einer Reise durch Frankreich meinen Freund in Nizza traf. Er trat sehr elegant auf, aber die frü-

here jugendliche Fröhlichkeit war aus seinen Zügen verschwunden. Er sah aus wie ein Mensch, der alles erduldet hat und zu allem fähig sei. Er erschien mir unheimlich. Er merkte mir das auch an, und eines Nachts, als wir noch bei einem Glase saßen, begann er von seinem Leben zu sprechen.

Es war ihm wirklich nicht an der Wiege gesungen, was ihn betroffen hatte. Von seiner Leidenschaft hingerrissen, hatte er sich verleiten lassen, die verführerische Carmen zu heiraten. Er war der Erbe eines reichen Familiengutes gewesen, denn sein älterer Verwandter, der es besaß, war unermittelt. Als dieser indessen von der Neigungsehe seines jungen Verwandten vernahm, brach er kurz alle Beziehungen zu ihm ab und nahm sich eine Frau, indem er ihm zugleich alle Hilfsmittel entzog. Die Liebe der schönen Carmen mündete sich in dem Maße, als sich die Börse des jungen Gatten leerte, und als derselbe am Rande seiner Mittel stand, ließ sie davon. Er hat sie nie wiedergesehen.

Diese Schicksalschläge änderten den Charakter meines Freundes vollständig. Er hatte nichts ordentlich gelernt, war verstoßen und betrogen, und glaubte nun alle Menschen ebenso behandeln zu können, wie es ihm selbst geschehen war. Und er mußte leben. So sank er von Stufe zu Stufe. Anfangs war er Glücksspieler. Als ich ihn traf, war er Glücksspieler und Falschspieler geworden. Er sagte mir das mit zynischer Offenheit. Mein Anerbieten, ihm nach Möglichkeit zu helfen, lehnte er kurzweg ab. Er sagte, er könne nicht anders. Die Menschen wollten betrogen sein, also betrüge er sie. Und er könne sich rühmen, ein Meister in seinem Fache geworden zu sein. Er bleibe bei diesem Metier, ohne das er verhungern müsse.“

Dr. Heller schwieg und Alara Brandt dachte über das Bernommene nach. Beide tranken aus ihren Gläsern, und dann nochmals. Endlich fragte sie: „Und Sie haben von dem unglücklichen Menschen nichts weiter gehört? Hat er nie an Sie geschrieben? Welches Ende mag er wohl gefunden haben?“

Der Schriftsteller sah sie lange prüfend an. „Nein, ich habe nichts weiter von ihm gehört, er hat mir auch nicht geschrieben. Aber weshalb soll er tot sein? Ich denke im Gegenteil, Unkraut vergeht nicht. Vielleicht

ist er noch ein paar Stufen weiter abwärts auf seinem Lebenswege gekommen und arbeitet heute statt mit gezinkten Karten mit Dietrich und sonstigem Material.“

Alara Brandt fuhr empor. War es der Wein, oder war es der Inhalt der Erzählung, der sie so erregte? Genug, sie fühlte, wie das Blut plötzlich in ihren Schläfen pochte.

„Herr Doktor, Sie haben mir diese Geschichte mitgeteilt, weil ich Ihnen gesagt habe, daß ich an einen Zwang zu verbrecherischen Handlungen nicht glaube, sondern diese auf den Mangel an moralischer Willenskraft zurückführe. Aber daran, daß sich ein gebildeter Mensch von natürlicher Herzengüte, der von schweren Enttäuschungen betroffen ist, sich aus Verirrungen und Hoffempfindungen zu einem geordneten Leben zurückfinden kann, daran glaube ich ganz bestimmt. Und darum hoffe ich auch, daß Ihr Freund im Laufe der Jahre wieder der gewordene ist, der er einst war.“

„Wenn er sich nicht im Park des Kasino von Monte Carlo erschossen oder in einem Suchtstadium Aufnahme gefunden hat, mag das sein“, antwortete Heller und aus seiner sonst so melodischen Stimme klang es wie leiser Hohn. „Aber streiten wir uns nicht darüber, wie es diesem Herrn gegangen ist. Vielleicht lesen Sie darüber nochmals in einem Zeitungsfeuilleton, vielleicht machen Sie in Ihrer Tätigkeit noch einmal Bekanntschaft mit ihm. Ich sagte Ihnen ja, der Mann äußerte selbst, er sei zu allem fähig, er handle unter einem unbewußtlichen Muth. Weil Sie der Meinung sind, es gebe keinen solchen Zwang, darum habe ich Ihnen mitgeteilt, was Sie soeben gehört haben. Menschenschicksale sind oft fesselnd.“

Frau Brandt konnte sich noch immer nicht zu fassen geben. „Ich begreife nur nicht, wie ein hochveranlagter Mensch alle guten Instinkte in sich ausschalten und sich niedrigen Regungen überlassen kann. Da muß er doch die Kraft besitzen, einen Hemmkreis anzulegen, wenn er in einer ruhigen Stunde zur Einsicht kommt. Und an solchen Augenblicken hat es Ihrem Freunde doch sicher nicht gefehlt. Da mußte sein Ehrgefühl siegen.“

(Fortsetzung folgt.)

reden. Wert lege es aber darauf, daß die Beträge des Staates sowohl in einem Anteil zu den Ausgaben für das Dienstpersonal der Lehrpersonen, als auch in einem Besoldungsgehalt zum Ausdruck kommen.

Das Verfahren in Sachen Napp beim Reichsgericht scheint im Sande zu verlaufen. Die Meldung, daß das Reichsgericht das Verfahren gegen den Abg. Dr. Traub eingestellt hat, bestätigt sich. Außer Besoldung gesetzt sind auch der Rechtsanwalt Brederick, der Kapitänleutnant Bensch und der Unterstaatssekretär Freiherr von Gallenhausen. Nur gegen Herrn von Jagow wird das Verfahren vom Reichsgericht einseitig noch fortgeführt, weil er nach dem Stande der Voruntersuchung noch als Führer bezw. Miturheber des Putzsches verdächtig erscheint.

Vorbereitungen für einen neuen Putzsch.

Noch immer machen die Besatzungstruppen keine Anstalten, die polnischen Insurgenten zu entwaffnen; dagegen machen sich bei den Polen Vorbereitungen für einen neuen Putzsch bemerkbar.

Die Reichspräsidentenwahl noch in diesem Jahre.

Nach einer Meldung der „Germania“ soll die Wahl des Reichspräsidenten noch im Laufe dieses Jahres erfolgen. Wie wir hierzu erfahren, steht der Zeitpunkt für die Wahl noch nicht fest.

Nachdem der Reichspräsident der Reichsregierung gegenüber seinen Wunsch zur baldigen Vornahme der Wahl zum Ausdruck gebracht hatte, ist es nunmehr Sache der Reichsregierung, einen Beschluß des Reichstages hierüber herbeizuführen. Man darf annehmen, daß das noch in diesem Jahre der Fall sein wird.

Die anarchoistische Bewegung in Norditalien.

Die Turiner „Stampa“ meldet aus Rom: Angesichts der beunruhigenden Lage und der fortgesetzten Gewaltakte radikaler Arbeiter, die die staatliche Ruhe und Ordnung gefährden, wurden die oberitalienischen Präfekten von der Regierung ermächtigt, ein Verbot politischer Versammlungen und Demonstrationen zu erlassen.

In Turin sind zwei Bataillone und in Mailand drei Regimenter Versaglieri und Karabinieri zum Schutze der Bevölkerung und der Provinz eingetroffen.

Der Staat „Großlibanon“ proklamiert.

Am 1. September ist durch General Gouraud in Kleinasien der Staat „Großlibanon“ proklamiert worden. Der Sitz der neuen Regierung soll Beirut sein, die Nationalflagge zeigt die französischen Farben mit einer Bänder im weißen Streifen.

Rundschau im Auslande.

Oesterreich: Vergewaltigung der Abstammung.

Die jugoslawische Mission verweigert einer Anzahl Vertreter der österreichischen Presse die Einreise ins kantonäre Abstammungsgebiet, wo die deutsche Bevölkerung den größten Widerstand durch die jugoslawischen Behörden ausgesetzt ist. — Ganz wie bei uns.

Der irische Bürgerkrieg.

20 Personen tot.

Nach einer amtlichen Dubliner Meldung wurden in der Woche vom 23. bis 31. August in Belfast zwanzig Personen getötet und 279 verwundet. Von den Opfern sind 145 Protestanten und 134 römisch-katholisch.

Die französische Regierung hat Gavan Duffy, den sinnfeinigen Delegierten für Paris, ersucht, Frankreich binnen 24 Stunden zu verlassen.

Die Kräfte des Bürgermeisters von Cork nehmen immer mehr ab. Die Vertreter der Arbeiterpartei haben in einem flammenden Aufruf die Freilassung des Bürgermeisters gefordert; sie sei ein Gebot politischer Klugheit und Menschlichkeit.

Dem „Telegraph“ zufolge ist in London eine Meldung eingetroffen, wonach der Papst nach der Messe am Mittwoch im Vatikan in der Kapelle zurückblieb, um ein Gebet für den Bürgermeister von Cork zu verrichten.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Frand.

24] (Nachdruck verboten.)

„Es mußte siegen, aber es hat nicht gesiegt. An den Worten dieses Verlorenen ist leider kein Zweifel gestattet“, erwiderte der Erzähler. Und dabei leerte er ein volles Glas in einem Zug.

„Der Herr!“ Alara Brandt sagte es mit aufrichtiger Teilnahme. „Und haben Sie nichts getan, um ihn zu retten? Er war doch Ihr Freund, und Sie hatten ihn gewiß lieb.“

„Unzulässige Arbeit“, sagte der Doktor rauh, „ist nicht mein Plaisir. Für mich ist dies Kapitel sehr unerfreulich. Aber für Sie ist es von Interesse und auch lehrreich, und darum habe ich es Ihnen erzählt. Denken Sie darüber nach und denken Sie mit der Entgegensetzung, wenn Sie ihm einmal begegnen sollten.“

„Das halte ich für unmöglich“, sagte sie ganz bestimmt.

„Nichts ist unmöglich“, antwortete er kurz. „Sie sind doch mit begabter, und ich glaube nicht, daß es zwei verschiedenartigen Naturen gibt, als wir, daß es sind.“

„Das glaube ich nun erst recht nicht“, erwiderte das junge Mädchen hartnäckig. „Ich bin kein Unmensch, und Sie sind es erst recht nicht. Wir haben also doch Anknüpfungspunkte.“

Aus Hellers Gesicht verschwand im Nu die Reizbarkeit, die sich in seinen Zügen geltend gemacht hatte.

„Verzeihen Sie mir“, sagte er leise. „Ich bin durch meine Erzählung selbst nervös geworden. Sie haben ein gutes Herz und sind viel, viel besser, als Sie selbst sich stellen. Sollte ich meinen Freund nochmals wiedersehen, so werde ich ihn an Sie weisen, Sie haben das Zeug, ihn zu retten, wenn er anders zu retten ist.“

„Wir aber wollen gute Freunde bleiben, nicht wahr?“ Aus seinen Augen schimmerte ein feuchter, fast zärtlicher Glanz, seine Stimme klang wieder weich und innig. Alara reichte ihm ihre Hand, und bevor sie es verhindern konnte, lag er ihre Finger an seine Lippen.

Das junge Mädchen war etwas verlegen geworden.

Schweizer Blätter melden, daß ein Genfer Transporthändler ein Telegramm an Lloyd George in London mit Drohungen gerichtet habe, falls er binnen 24 Stunden die Freilassung des Bürgermeisters von Cork nicht verleihe. Das Telegramm wurde von der Polizei beschlagnahmt, der Absender verhaftet. Die britische Gesandtschaft hat von der Genfer Behörde einen Bericht eingefordert.

Aus Stadt und Land.

Das Postflugzeug Amsterdam—Hamburg ist auf dem Flugplatz von Oldenzaal teilweise vernichtet worden. Die Post wurde mit D-Bug nach Deutschland weitergeschickt. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen.

Kleine Nachrichten.

Briefsendungen nach Elßa-Lothringen müssen nach den Gebührensätzen des Westpostvereins freigegeben werden.

Während der Herbstmesse in Breslau wird vom 6.—11. September einschließlich eine täglich einmal in jeder Richtung verkehrende Flugpostverbindung Berlin—Breslau eingerichtet.

Scherz und Ernst.

Ein trauriges Sittenbild. Der Nachlaß der bekannten Pariser Tänzerin Gaby Deslys (die übrigens aus der heutigen Tschoko-Slowakei stammte, aber ihrer Abstammung gemäß nicht zu den europäischen Rassen gehörte) betrug 212 000 Pfund Sterling, also rund 34 Millionen Mark und bestand fast nur aus Edelsteinen. Der Nachlaß wird zum Besten der Marceller Armen verkauft. — Diese „Dame“ war f. St. die Geliebte des Königs von Portugal; ihr Einfluß auf den jungen Menschen hat nicht zum wenigsten das Schicksal dieser Dynastie verschuldet.

Die Narrenheit lebt! Selbst in dem nüchternen England. Die englischen Boy Scouts (Pfadfinder), ebenso ihre weiblichen Genossinnen, die Girl Guides, haben als gemeinsames Erkennungszeichen die Verpflichtung angenommen, zur Begrüßung stets die linke Hand zu schütteln.

Verstärkt „Freunde“ im Schachpelz kennen! Einwandfrei ist jetzt bewiesen worden, daß die große französische Filmfabrik „Pathe freres“, die vor 1914 auch in Deutschland den Markt regierte, schon 1909 eine Anzahl von Greuelfilms hergestellt hat, die die Preußen bei der Verübung von Schandakten schrecklicher Art zeigte, und daß sie diese Augenwerke zur Erzeugung von Deutschenhaß in Italien, England, Belgien und in der Schweiz zur Vergebung der Massen verwandt. Jetzt sucht die Firma wieder unter allerlei Deckmänteln ihre Sachen in Deutschland hineinzubringen.

Volkswirtschaftliches.

Einwachsen der Erwerbslosenziffern. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich auch in der Zeit vom 1. bis 15. August 1920 weiter gewachsen. Allerdings ist die Zunahme der Erwerbslosenzahl geringer als in den beiden letzten Juliwochen. Bemerkenswert ist, daß trotz der Erhöhung der Gesamtzahl der Erwerbslosen die Zahl der weiblichen Erwerbslosen um über Tausend abgenommen hat. — Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen insgesamt 411 573, gegenüber 404 236 am 1. August. Hinzu kommen 371 599 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden.

Am internationalen Weizenmarkt keine großen Veränderungen. Die Durchschnittspreise des Winterweizens stiegen sich in den Vereinigten Staaten höher als erwartet, aber für den Frühjahrswizen glaubt man eher mit Enttäuschungen rechnen zu müssen. Teils hierauf, teils auf die fortgesetzten kleinen Ablieferungen von Weizen durch die Farmer

ist die Festigkeit zurückzuführen, die trotz aller Preisveränderungen an den überseeischen Märkten immer wieder zur Geltung gelangte. Auch die Geringfügigkeit der sichtbaren Weizenbestände hängt damit zusammen. Von Argentinien liegen weitere Klagen über Weizen- und Weizenfahndungen vor. Die hohen Weizenpreise haben sich daher wenig verändert, obwohl die Verladungen, auf frühere Erlöse, die nur noch an europäische Regierungen erlaubt sind, immer mehr zusammenschrumpfen und diesmal nur noch ca. 70 000 Tonnen betragen. Andererseits belaufen sich aber auch die sichtbaren Weizenbestände an den La Platahäfen nur noch auf 40 000 gegen 60 000 Tonnen in der Vorwoche und 80 000 vor einem Jahre. Im Gegensatz hierzu haben sich Ausfuhrverladungen und Vorräte von Mais in Argentinien erheblich vergrößert, was gegenwärtig für Deutschland von Wichtigkeit ist, da bei und nach Freigabe des Mais Handels und der Verschlagnahme des gesamten Inlandsgetreides alles auf starke Maisbezüge vom Auslande hindeutet. Die Leistungsfähigkeit der La Platastaaten aus ihren letzten Maisernten wird ziemlich hoch eingeschätzt und von besonderer Wichtigkeit ist, daß auch die Vereinigten Staaten einer guten Maisernte entgegensehen. Da vom Balkan diesmal Maiszufuhren zu erwarten sind und jugoslawischer Mais in Berlin bereits in letzter Woche zum Umsatz kam, dürfte es am Weltmarkt in diesem Jahre nicht an Mais fehlen. Es ist auch eine Anzahl von Abschlüssen in La Plata bereits für Deutschland erfolgt und einige Dampfer in Hamburg und Bremen eingetroffen. Bis jetzt stellt sich der Preis für Mais allerdings über das Doppelte dessen, was der Landwirt für sein Getreide von der Regierung erhält. — Für Raps und Hülsen ging die steigende Wertbewegung in dieser Woche fort. Bei vielseitiger Kauflust wurde ein Preis von 500 Mk. für den Zentner schließlich überschritten.

Berlin, 4. Septbr. (Wörse.) Auch am Wochenanfang kennzeichnet sich die Marktsituation als überwiegend fest bei allerdings meist nicht starker veränderter Kurstendenz. Die erzielte Einigung über den leibigen Breslauer Fall trug einerseits zur Motivierung der festen Grundstimmung bei, während andererseits die wieder in Fluß gekommene Diskussion über die Sozialisierung unserer Industrie der Unternehmung eine gewisse Zurückhaltung auferlegte. Auf dem Valuteumarkt blieb eine festere Haltung der ausländischen Devisen nicht von besonderem Einfluß. 20 Mark Gold 235 Mark.

Berlin, 4. Septbr. (Warenmarkt.) Mais sofort 144—147, Riegel- und Preßstroh 13—15, Maschinenstroh 12—13, Weizen 90—112, Weizen 100—115, Ackerbohnen 120—130, Viktoriaerbsen bis 220, kleine Erbsen (Koch) bis 170, Lupinen bis 75, Serabellia neu oder alt 60, Futtererbsen bis 135, Raps bis 312, Weizen bis 330, Hafer 17—19, Weizenheu 20—23, Feilheu 24—27, Kleehheu 31 bis 35 für 50 Kilo ab Verladestation.

Berlin, 3. Septbr. (Metallpreise.) Per 100 Kilo: Elektrolytkupfer 2138, Raffinadekupfer (99 bis 99,3 Prozent) 1525—1550, Originalhüttenweichblei 810 bis 820, Hüttenrohblei im privaten Verkehr 760, Originalhüttenaluminium (98—99 Prozent) 2700—2800, Zinn (Banka, Straits, Milson) 4975—5000, Rein nickel 3900—4000, Antimon-Regulus 820—850 Mark. — Silber in Marken, ca. 900 fein, 1290—1310 Mark per Kilo fein.



Soziales.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet. Die Arbeitslosigkeit im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat in der letzten Zeit erheblich zugenommen. Auf den Hüttenwerken sind die Arbeiter

man natürlich auch niemand zurückhalten können. Von allen Gästen der ersten Etage waren nur noch die brasilianische Familie Gonzales und der Graf von Domines anwesend.

Bollhardt hatte seine Nerven tüchtig zu spüren bekommen. Er war sich bewußt, seine Pflicht in weitgehendstem Maße getan zu haben, weder sein Chef noch Herr Allmers konnten ihm einen Vorwurf machen, aber die Tatsache, daß der große Diebstahl fast unter seinen Augen stattgefunden hatte, war ihm doch unsagbar peinlich. Er merkte sehr genau, daß die Gefinnung des Herrn Allmers gegen ihn alles andere als freundlich war, ja, der Hotelbesitzer schien beinahe zu denken, daß der Diebstahl beim Grafen von Domines vielleicht gar nicht stattgefunden hätte, wenn kein Polizeibeamter im Hause anwesend gewesen wäre.

Selbstverständlich war diese Auffassung nur eine Folge der überreizten Stimmung, in der sich Herr Allmers nach der fatalen Geschichte befand, die es seiner besten Gäste hatte bekannt werden lassen, daß ein raffinierter Spitzbube in der „Eisernen Krone“ sein Wesen trieb. Das war für den auf seinen Ruf sehr eifersüchtigen Hotelbesitzer sehr unangenehm; nicht minder peinlich war der Streich auch für die Polizei, denn es hatte nicht geheim gehalten werden können, daß einer der tüchtigsten Kriminalbeamten der Stadt gerade in dieser Nacht zur Aufdeckung des Täters im Gasthause anwesend gewesen war. Mit Mühe hatte Bollhardt noch verhindert, daß der hitzige Herr Allmers das Antrifft des „Herrn Fritz“ im Besalon geläufig hatte. Das war aber jedenfalls klar, daß jener den Beamten lieber gehen, als kommen sah.

Der Kommissar wäre vielleicht sofort aus dem Hotel fortgeblieben, wenn ihm Fritz Allmers nicht so freundlich Trost ausgesprochen hätte. Sie stand ganz auf Bollhardts Seite und glaubte, wie er, daß keine gewöhnliche Spitzbuberei, sondern ein raffinierter Trick gerade wie bei dem Diamanten-Kollier des Brasilianers vorliege, für den Bollhardt nicht verantwortlich gemacht werden könne. Diese Abstriche vertrat sie auch ihrem Vater gegenüber sehr entschieden, so daß sie wiederholt mit ihm festig zusammen geriet.

(Fortsetzung folgt.)

fast durchweg sehr arbeitswillig, so daß trotz aller Agitation der Kommunisten größere Unruhen in der letzten Zeit, abgesehen von den örtlichen Vorkommnissen in Dortmund, nicht zu verzeichnen waren. Im Bergbau ist seit dem Abschluß der neuen Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden die Zahl der an den Ueberschichten sich beteiligenden Bergleute auf etwa 90 Prozent gestiegen. Lediglich die Kohlennot erweckt Beunruhigung.

Der Rückgang der deutschen Zuckererzeugung

Im Betriebsjahr (1. September bis 31. August) wurden erzeugt: Vor dem Kriege



Nach dem Kriege



Lokales.

△ Neben die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gastwirtschaften hat die preussische Regierung auf Grund des Reichsgesetzes vom 15. Januar bestimmt, daß die Beschäftigung weiblicher Kräfte der Polizei zu meiden ist, daß die Genehmigung nur erteilt werden soll, wenn ausreichende Bezahlung der Angestellten erfolgt und kein Anmierbetrieb geduldet wird. — Auch auf das Vorhandensein weiblicher Bedienung durch Zeichen darf nicht hingewiesen werden. Die Räume müssen leicht übersehbar sein. — Arbeits- und Ruhezeiten sind in der Verordnung nicht vorgesehen.

△ Postlagergebühren. Es ist noch wenig bekannt, daß seit der letzten Neuordnung der Postgebühren eine Zuschlaggebühren von 10 Pf. für postlagernde Sendungen eingeführt ist. Die Gebühr ist bei allen Sendungen zu entrichten, die den Vermerk „postlagernd“ tragen, also auch bei Einschreibsendungen, Postampullen, Paketen usw. und zwar zusammen mit der Freigebühr, worauf im allgemeinen Interesse besonders aufmerksam gemacht wird.

△ Die Kreditierung der Fernsprechanleihe. Der einmalige Beitrag der Fernsprechteilnehmer von 1000 Mark für den Hauptanschluß und von 200 Mark für jeden Nebenanschluß ist am 1. Oktober fällig. Die Post wird die einzelnen Fernsprechteilnehmer zur Einzahlung schriftlich auffordern. Will der Fernsprechteilnehmer den Beitrag nicht selbst aufbringen, so hat er den Auftrag nicht bei der Deutschen Volksversicherung, sondern bei seinem Fernsprech-Vermittlungsamt einzulösen.

△ Billigere Zuckerpfeife in Aussicht? In London soll eine amtliche Bekanntmachung über Herabsetzung des Zuckerpfeifes auf einen Schilling das Pfund veröffentlicht werden. Nach der „Daily Mail“ rührt diese Baiffe davon her, daß die Vereinigten Staaten infolge falscher Einschätzung der Zuckereinkünfte in Mitteleuropa außergewöhnlich große Mengen aufgekauft hätten. — Man muß angeht des „billigen Pfeifes“ aber stets im Auge behalten, daß ein Schilling heute in deutschem Gelde immerhin circa 12 Mark ausmacht.

△ Notgeld als Erinnerungsstück. Die Stadtverordneten von Bonn, der Geburtsstadt Beethovens, beschlossen, zur Erinnerung an Beethovens 150. Geburtstag städtisches Notgeld als Beethoven-Erinnerungsmünzen herauszugeben. Es sollen 200 000 Mk. 10 Pf.-Stücke und je 500 000 Mark 25 Pf.- und 50 Pf.-Stücke mit dem Beethoven-Kopf und den Jahreszahlen 1770 und 1920 geprägt werden. — Die Stadt hofft offenbar, daß ein erheblicher Teil dieses Notgeldes von Sammlern erworben wird und nicht wieder eingelöst zu werden braucht.

* Die diesjährige Korb verlief trotz des Regenwetters recht heiter und zahlreicher Besuch von auswärts verherrlichte das Fest. Der Festzug am Sonntag, voran die Korbweber zu Pferd und der Wagen der Korbweberfrauen fand ungeteilten Beifall. Aber auch für die Jugend war durch Karussell und sonstigen Belustigungen Sorge getragen. Eine eigenartige Neuheit war in diesem Jahre zu verzeichnen, als Frauen aber auch Männer bei den Einwohnern vorsprachen und um eine Tasse Kaffee baten. Auf die teilweise erstaunten Fragen der Hausfrauen: Warum denn Kaffee? kam die überraschende Antwort: „Heut' ist doch Korb! Hier war es also auf den Korbweber abgesehen. Manche Hausfrau hatte, da es ihr an Mehl und Zucker mangelte, aber gar keinen Kuchen backen können und so mußten diese eigenartigen Korbweber betrübt abziehen. Ob sie nun anderweit mehr Glück hatten, entzieht sich unserer Kenntnis.

* Die Kreislauernschaft des Unter-Westerwaldes hat beschlossen, den Zentner Spätkartoffeln an Einheimische für 20 Mk. abzugeben.

× Obstversteigerung. Im Kreise beginnen bereits einzelne Gemeinden mit Versteigerung ihres Obstreichthums. Wir halten ein derartiges Verfahren für viel zu früh und ist deshalb im Interesse der All-

gemeinheit zu beklagen. Das Obst ist noch nicht baumreife und kann deshalb noch nicht gelagert werden. Die Folge davon ist, daß das Obst zu hohen Preisen in die Städte abgestoßen wird. Auch die Privatbesitzer werden, angeregt durch solches Vorgehen, mit ihren Versteigerungen nachziehen. Den Anfang hat die Gemeinde Bierstadt gemacht u. d. mit welchem Erfolg? Hatte man sich bereits der Hoffnung hingegeben, bei einem solchen Obstreichthum, wie er in diesem Jahre herrscht, einige Zentner Äpfel für seinen Hausgebrauch zu annehmbaren Preisen einlagern zu können, so hat uns diese erste Versteigerung eines Anderen, eines Trübers belehrt. Bäume mit einem Behang von 3—4 Zentner wurden mit 3—400 Mk. bezahlt. Eine wüste Preistreiberei sondergleichen war hier wieder zu beobachten. Und daran trägt nur die Gemeindebehörde die Schuld. Warum hat man nicht vor dem Verkauf das Obst auf den Bäumen durch eine Kommission abschätzen lassen. Hätte das Angebot den Vorrat überstiegen, dann hätte das Los entscheiden können. So hat der Herr Landrat im Unter-Taunuskreise verfügt. Vielleicht schließt sich noch manche Gemeinde und mancher Privatbesitzer einem solchen Verfahren an.

Wetterbericht.

9.—10. Vorübergehend heiter, dann zunehmende Bewölkung, strichweise Gewitter, Wind lebhaft.

Bekanntmachungen.

Betr.: Kartoffel-Versorgung.

Auf die Bekanntmachung in Nr. 98 der Bierstädter Zeitung vom 24. August 1920, sind die Meldungen der versorgungsberechtigten Haushaltungen nur teilweise erfolgt, so daß die beabsichtigte Regelung der Kartoffelversorgung dienen kann.

Wenn auch die Kartoffeln freigegeben sind, so sind zur Sicherstellung der Belieferung aller hiesigen versorgungsberechtigten mit Kartoffeln noch einige Feststellungen erforderlich. Ich so bere daher alle hiesigen versorgungsberechtigten — einerlei, ob sie sich in einen Landwirtschaftswissen der ihnen die Kartoffeln liefern oder nicht — auf, bis spätestens Donnerstag den 9. ds. Mts. zu melden, ob sie die Kartoffeln für's ganze Jahr einstellen oder je nach Bedarf in kleinen Mengen beziehen wollen.

Diejenigen Haushaltungen, welche bis zu dem angegebenen Zeitpunkt die Angaben nicht gemacht haben, können auf Unterstützung bezüglich Kartoffelversorgung seitens der hiesigen Gemeindebehörde nicht rechnen.

Die Meldungen werden im Rathause hierorts Zimmer 3, entgegengenommen.

Einladung

zu einer Sitzung der Gemeindevertretung.

Zu der von mir auf Dienstag, den 7. September 1920 abends 8 Uhr, hier im Rathaus anberaumten Sitzung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Betr. Zusammenschluß der hiesigen Gemeinde mit der Stadt Wiesbaden auf Grund des § 10 Abs. 3 des Reichsgesetzes vom 12. 5. 20. R. G. Bl. S. 941 bezügliche durch Unruhen entstandenen Schäden.
2. Beschlußfassung über die einer neu aufzustellenden Gebamte zu gewährende Vergütung pp.
3. Besuch des Feldhüter's Jansen wegen Nachzahlung von Gehalt.
4. Betr. Einlagerung von Kartoffeln durch die Gemeinde.
5. Betr. die Bürgschaftsübernahme zur Hergabe eines unrentablen Darlehns an den Wirt. Bierbrauer hier für die Herstellung einer Knechtung.
6. Benennung einer Kommission, welche die Festsetzung der Vergütung für Abh. l. des Unterrichts an der Fortbildungsschule festlegen bezw. beraten soll.
7. Abordnung der Lustbarkeitssteuerordnung.

Bierstadt, den 7. September 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Versteigerung.

Nächsten Freitag, den 10. September Mittags 12 Uhr wird das zum Nachlaß der verstorbenen Ww. Ph. Chr. Mayer gehörige Wohnhaus mit Stallung, Scheune, und Garten, Kirchgasse 5, gelegene sowie ein im Distrikt Schülerspfad gelegenes Baumstück öffentlich meistbietend im Rathaus dahier versteigert.

Grosse Obstversteigerung!

Mittwoch, den 8. ds. Mts. 2 Uhr nachm. beginnend, versteigere ich im Auftrage des Herrn W. Nigel die diesjährige Obstreszens von ca. 200 Äpfel-, Birnen- und Zwetschenbäumen öffentlich meistbietend an Ort und Stelle. Zusammenkunft der Steigerer am Friedhof.

Der Bürgermeister Hofmann.

Todes- + Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau

Philippine Mayer,
geb. Bierbrauer.

im 79. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Bierstadt, den 6. September 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. September 1920 nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause Friedrichstraße 12 aus statt.

Frauenverein Bierstadt.

Donnerstag, den 9. September 8½ Uhr Abends.

Mitgliederversammlung.

im Saale der Rinderschule.

Tagesordnung: Vorstandswahl.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters erheischt Mitglied des Mieterschutz-Vereins Bierstadt zu sein.

Ein Transport erstklassiger

Ferkel und

Läufer Schweine

eingetroffen bei

Ludwig Mayer, Bierstadt,
Neugasse 3.

Verloren.

In der Elektrischen wurde gestern Abend nach 7 Uhr eine

Geldtasche

mit 70 Mk. in Papier und einigen Groschen lose verloren. Wiederbringer erhält Belohnung in der Geschäftsstelle der Bierst. Ztgung.

Ein vierteljährig

Hafenkasten

mit 9 jungen Hasen zu verkaufen. Bierstadt, Dintergasse 23.

Schlafzimmer

mußbaum, mit Stein, Spiegel, mit Wäscheabteil.

ditto in mahagoni lackiert.

Küche in Eiche gemalt mit Einolem und Facettenverglasung.

Eine geb. Küche zu verkaufen.

Karl Bach,

Schreinermeister,

Blumenstraße 17.

Achtung!

Wer gute und billige Schuhe kaufen will, besichtige das Schuhhaus

H. Levi,

Wiesbaden, Moritzstr. 40

5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Spezialartikel:

Arbeiterstiefel

für Frauen, Männer und Kinder

zu erstaunend billigen Preisen.

Billiger Möbelverkauf

mod. Schlafzimmer, m. Ia. Einlagen, neue u. gebrauchte Küchen m. 1 u. 2 Schränken in tannen u. echt pitch. Wohnzimmer nach Wunsch zusammenstellbar. Jegliche Einzeilmöbel, gebr. guterhaltene, als Gelegenheitskäufe ständig auf Lager. Ferner Matratzen, Deckbetten, Kissen, Bett-, Leib-, Tischwäsche, Gardinen, Rollläden usw.

Möbellager u. Schreinerei K. Graubner.
Wiesbaden, Adlerstr. 3, Telefon 3346.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 500 an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70
gegenüber Marktplatz
Wiesbaden.